

Comeback der Atomkraft? „Der Rückhalt für den Ausstiegsbeschluss schwindet“

Welt, 02.06.2021, Daniel Wetzel

In Deutschland gibt es immer weniger Atomkraftgegner, zeigt eine neue Umfrage. Wegen drohender „Stromlücke“ und verschärfter Klimaziele halten immer mehr den Ausstieg für verfrüht und wünschen sich eine Laufzeitverlängerung. Das hat auch mit einem anderen Energieträger zu tun.

Vorweg: Die Umfrage wurde von erklärten Atomkraft-Befürwortern in Auftrag gegeben. Dennoch lassen sich die Ergebnisse des renommierten Meinungsforschungsinstituts Allensbach nicht leicht von der Hand weisen: Die Zustimmung zur Atomkraft in Deutschland wächst, die Gegnerschaft nimmt ab.

Im Auftrag des Pro-Atomkraftvereins Nuklearia e.V. und des Deutschen Arbeitgeberverbands e.V. befragte Allensbach zwischen dem 1. und 13. Mai genau 1027 repräsentativ ausgewählte Deutsche in Face-to-Face-Interviews. Auf die „allgemeine“ Frage nach dem 2011 beschlossenen Atomausstieg bis 2022 antworteten 56 Prozent der Befragten, sie hielten diesen für „richtig“, 25 Prozent hielten ihn für „nicht richtig“.

„Nach wie vor wird der Beschluss, bis zum Jahr 2022 ganz aus der Kernenergie auszusteigen und die Energieversorgung vor allem auf erneuerbare Energien umzustellen, von einer Mehrheit der Bevölkerung befürwortet“, erläutert Allensbach dazu. „Der Trendverlauf der letzten gut zehn Jahre zeigt jedoch, dass der Rückhalt für den Ausstiegsbeschluss schwindet.“

So hielten im Jahre 2012 noch 73 Prozent der Bevölkerung die Entscheidung der damaligen Regierung, aus der Kernenergie auszusteigen, für richtig, 2014 waren es noch 70 Prozent, 2016 dann nur noch 65 und 2019 bereits nur noch 60 Prozent. Im gleichen Zeitraum vergrößerte sich der Anteil derer, die den Ausstiegsbeschluss kritisch sehen, von 16 auf 25 Prozent.

Allerdings glaubt auch nur eine Minderheit, dass der Atomausstieg wirklich durchgesetzt wird. Obwohl das Abschaltdatum für die letzten AKW gesetzlich auf den 31. Dezember 2022 fixiert ist, hält es eine relative Mehrheit von 47 Prozent der Befragten nicht für realistisch, dass es bei diesem Datum bleibt: „Aktuell glauben lediglich 26 Prozent, dass Deutschland tatsächlich innerhalb des nächsten Jahres vollständig aus der Kernenergie aussteigen wird.“

Angesichts einer viel diskutierten „Stromlücke“ und deutlich verschärfter Klimaziele zeigt sich eine relative Mehrheit der Befragten sogar für den Vorschlag aufgeschlossen, Atomkraftwerke länger laufen zu lassen, wenn dafür Kohlekraftwerke schneller abgeschaltet werden können.

„Um bei der Stromerzeugung so wenig CO₂ wie möglich auszustoßen, setzen manche Länder darauf, möglichst rasch aus der Kohleenergie auszusteigen und dafür neben erneuerbaren Energien wie Wind- und Sonnenenergie auch weiterhin die Kernenergie zu nutzen“, lautet die Allensbach-Frage wörtlich: „Wie stehen Sie dazu: Fänden Sie es gut, wenn auch Deutschland bei der Stromerzeugung auf

erneuerbare Energien und zusätzlich wieder auf Kernenergie setzt, um möglichst schnell unabhängig von Strom aus Kohle zu werden, oder fänden Sie das nicht gut?“

Diesen Vorschlag fand eine relative Mehrheit von 42 Prozent der Befragten „gut“. Demgegenüber lehnten nur 34 Prozent eine Laufzeitverlängerung für AKW ab. 24 Prozent zeigten sich in dieser Frage unentschieden.

Weil der Ausbau der erneuerbaren Energien, vor allem der Windkraft, den Erfordernissen weit hinterherhinkt, hatte die Stilllegung zahlreicher Kohlekraftwerke zuletzt Sorgen in Bezug auf eine drohende Strom- beziehungsweise „Ökostromlücke“ ausgelöst. Unter anderen hatte der Bundesverband Solarwirtschaft davor gewarnt, dass deshalb eine Verzögerung des Kohleausstiegs drohe.

Zugleich fordern Klimaschützer immer dringlicher, den bis 2038 geplanten Ausstieg aus der Kohleverstromung nun schon 2030 zu vollenden. Das Bundesverfassungsgericht hatte der Bundesregierung kürzlich aufgegeben, Pläne für den Umgang mit dem restlichen „CO₂-Budget“ Deutschlands zu entwickeln.

Zugleich wird in einigen europäischen Nachbarländern die Option Kernenergie wieder intensiv diskutiert, so etwa in den Niederlanden und in Polen. In der vergangenen Woche gab der auch in Deutschland aktive Energiekonzern Vattenfall aus Schweden bekannt, sich an dem estländischen Unternehmen Fermi Energia zu beteiligen.

Fermi Energia plant den Einsatz von nuklearen Kleinst-Reaktoren, sogenannten Small Modular Reactors (SMR) in Estland. In Deutschland gilt es angesichts der hohen Kosten und der politischen Unsicherheiten als äußerst unwahrscheinlich, dass Energiekonzerne wieder in Kernenergie investieren.

Die Grünen fordern in ihrem Wahlprogramm, den Atomausstieg umzusetzen und überdies noch die mit der Herstellung von Brennelementen befassten „Atomfabriken“ in Gronau und Lingen „durch eine restriktivere Exportpolitik stark einzuschränken“.

Der den Liberalen nahestehende Arbeitskreis Energie & Naturschutz (Aken) fühlt sich durch das Umfrage-Ergebnis jedoch in seiner Forderung gestützt, den Wahlkampf der FDP stärker auf die Energiepolitik auszurichten: „Die Klimaneutralität wird ohne den Einsatz von Kernenergie nicht gelingen: eine ehrliche Aussage, die die große Koalition umgeht, die aber national und international immer mehr deutliche Zustimmung erfährt“, erklärte der parteiinterne Arbeitskreis.

„Für die FDP bietet sich jetzt die große Chance, mit einer modernen Energiepolitik, die die naturwissenschaftlichen und volkswirtschaftlichen Realitäten anerkennt, unserem Land zu helfen und FDP-Wähler und -Wählerinnen zurück beziehungsweise neu zu gewinnen.“

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus231514269/Comeback-der-Atomkraft-Rueckhalt-fuer-Ausstiegsbeschluss-schwindet.html?cid=socialmedia.twitter.shared.web>